

KREIS: LUDWIGSBURG

GEMEINDE: HESSIGHEIM

K M B



TEXTTEIL

Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften

„Westlich der Seitenstraße“

Ludwigsburg, den 18.04.2017

Bearbeiter/in: U. Müller, L. Flegiel



Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB)

i. d. F. vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.10.2015 (BGBl. I S. 1722)

Baunutzungsverordnung (BauNVO)

i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Gesetz vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 466)

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO)

Vom 05.03.2010 (GBl. Nr. 7 S.358), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.07.2013 (GBl. S. 209)

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90)

i.d.F. vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509)

Allgemeine Angaben

Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Bebauungsplanes bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen sowie frühere baupolizeiliche Bauvorschriften der Gemeinde werden aufgehoben.



A Planungsrechtliche Festsetzungen

gemäß § 9 BauGB und BauNVO

A.1 Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB, §§ 1 – 15 BauNVO)

A.1.1 MI Mischgebiet (§ 6 BauNVO)

Zulässig sind:

- Wohngebäude
- Geschäfts- und Bürogebäude
- Sonstige Gewerbebetriebe
- Gartenbaubetriebe

Gemäß § 1 (5) BauNVO sind nicht zulässig:

- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungswesens
- Anlagen für Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Tankstellen

Gemäß §§ 1 (5) und 1 (6) 1 BauNVO sind Vergnügungsstätten im Sinne des § 4 a (3) 2 nicht zulässig.

A.2 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB, §§ 16 – 21 a BauNVO)

A.2.1 GRZ (Grundflächenzahl) (§ 19 BauNVO)

Maximale Grundflächenzahl: siehe Planeinschrieb.

Die zulässige Grundfläche darf durch die in § 19 (4) BauNVO bezeichneten Anlagen wie folgt überschritten werden:

Überschreitung bis max. 0,7

A.2.2 Höhenlage (§ 9 (3) BauGB)

Unterer Bezugspunkt für die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen sind die festgesetzten Bezugshöhen über NN. Die Bezugshöhen gelten am Ort des Eintrags, für dazwischenliegende Gebäude, ist bezogen auf die Gebäudemitte eine Interpolation durchzuführen.

A.2.3 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO, § 9 (3) BauGB)

Die Höhe baulicher Anlagen wird definiert durch die maximale Firsthöhe (siehe Planeinschrieb).

Firsthöhe: Die Firsthöhe wird gemessen ab festgesetzter Bezugshöhe bis zum First des Hauptbaukörpers.

Unterer Bezugspunkt für die maximal zulässige Firsthöhe baulicher Anlagen ist die festgesetzte Bezugshöhe über NN.



A.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 (1) 2 BauGB, §§ 22, 23 BauNVO)

A.3.1 Bauweise (§ 9 (1) 2 BauGB u. § 22 BauNVO)

a - abweichende Bauweise: offen mit Begrenzung der Gebäudelänge auf 18 m

A.3.2 Überbaubare Grundstücksfläche

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch Baugrenzen begrenzt.

A.4 Stellung baulicher Anlagen (§ 9 (1) 2 BauGB)

Die Hauptausrichtung der Gebäude ist parallel zu den Richtungspfeilen zu stellen. Sind mehrere Richtungen eingezeichnet, so ist die Hauptausrichtung entsprechend der eingetragenen Möglichkeiten zu wählen. Ausnahmen hiervon können bei Gebäudeteilen, die an Hauptgebäuden untergeordnet sind, zugelassen werden. Nebenanlagen gem. § 14 (1) BauNVO sind von dieser Festsetzung nicht betroffen.

A.5 Nebenanlagen, Garagen, Stellplätze (§ 9 (1) 4 BauGB, §§ 12, 14 und 23 (5) BauNVO)

A.5.1 Freilager und Nebenanlagen

Freilager und Nebenanlagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

A.5.2 Oberirdische Garage, und überdachte Stellplätze

Oberirdische Garagen und überdachte Stellplätze sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen, sowie innerhalb der mit „GA“ gekennzeichneten Bereiche zulässig. Zwischen der Zufahrtsseite von oberirdischen Garagen und überdachten Stellplätzen ist ein Mindestabstand von 5,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten.

A.5.3 Nicht überdachte Stellplätze

Nicht überdachte Stellplätze sind auf den überbaubaren Grundstücksflächen, auf den mit „GA“ gekennzeichneten Bereichen, sowie im Anschluss an öffentlich befahrbare Straßenflächen zulässig. Es ist ein seitlicher Abstand von 1,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einzuhalten.

A.6 Von Bebauung freizuhaltende Flächen, Sichtdreiecke (§ 9 (1) 10)

Die im Plan gekennzeichneten Flächen sind von Bebauung freizuhalten und die Bepflanzung und Einfriedungen dürfen eine Höhe von 0,80 m nicht übertreffen. Die Bepflanzung ist so zu pflegen, dass eine Höhenüberschreitung in den gekennzeichneten Bereichen ausgeschlossen ist.

A.7 Verkehrsflächen (§ 9 (1) 11 BauGB)

Aufteilung des öffentlichen Straßenraums – siehe Planzeichnung.

An den im Plan gekennzeichneten Bereichen sind keine Ein- und Ausfahrten der Grundstücke zulässig.

A.8 Versorgungsflächen (§ 9 (1) 12 BauGB)

Trafostation / Elektrische Anlagen siehe Planeintrag.



A.9 Maßnahmen zum Schutz von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) 20 BauGB)

A.9.1 Wasserdurchlässige Beläge

Für private PKW-Stellplätze, Hofflächen, Zugänge und Zufahrten sind nur wasserdurchlässige Materialien (Kies, Rasenpflaster, Pflaster, Schotterrasen u.ä.) zulässig. Kunststoffelemente sind nicht zulässig. Belastetes Wasser ist von den wasserdurchlässigen Flächen wegzuleiten.

A.10 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zu belastende Fläche (§ 9 (1) 21 BauGB)

Die festgesetzte Fläche ist mit einem Leitungsrecht zugunsten des Leitungsträgers zu belasten.

A.11 Erneuerbare Energien (§ 9 (1) 23 BauGB)

Erdsondenbohrungen sind auf dem gesamten Gelände unzulässig.

A.12 Pflanzgebote und Pflanzbindungen (§ 9 (1) 25 BauGB)

A.12.1 Pflanzgebot 1 (Pfg 1) – Innere Durchgrünung mit Bäumen (Privatgrundstücke)

Pro angefangene 300 m² Grundstücksfläche ist auf den nicht überbauten Grundstücksteilen mindestens ein mittel- oder großkroniger, standortgerechter und einheimischer Laub- oder Obstbaum zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu unterhalten. Abgängige Bäume sind zu ersetzen.

Die nach § 16 NRG BW vom 04.02.2014 (GBl. S 65) geltende Grenzabstände verringern sich für diese Pflanzungen auf die Hälfte.

Für die Bepflanzung geeignete Arten und Sorten sind in Pflanzenliste 1 + 2 aufgeführt.

Pro Baum sind über dem Wurzelbereich mindestens 10 qm unversiegelte Fläche oder durchlässige Beläge vorzusehen.

A.12.2 Pflanzgebot 2 (Pfg 2) – Einzelbäume in Grünflächen und im Straßenraum

An den im Plan durch Planzeichen festgesetzten Standorten sind hochstämmige groß- bzw. mittelkronige, standortgerechte, einheimische Laubbäume zu pflanzen, zu pflegen und dauerhaft zu unterhalten. Abgängige Bäume sind zu ersetzen.

Die im Bebauungsplan im Straßenraum eingetragenen Standorte der Bäume sind veränderbar, sofern die ursprüngliche Gestaltungsidee erhalten bleibt.

Für die Bepflanzung geeignete Arten und Sorten sind in Pflanzenliste 3 aufgeführt.

Die im Bebauungsplan eingetragenen Standorte der Bäume sind geringfügig veränderbar, sofern die ursprüngliche Gestaltungsidee erhalten bleibt.

A.13 Flächen zur Herstellung des Straßenkörpers (§ 9 (1) 26 BauGB)

Randeinfassungen mit Hinterbeton sowie Böschungflächen sind, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind, auf den angrenzenden privaten Grundstücken bis zu 1,0 m Tiefe zulässig.



B Örtliche Bauvorschriften

gemäß § 74 LBO

B.1 Äußere Gestaltung der baulichen Anlagen (§ 74 (1) 1 LBO)

B.1.1 Dachform und Neigung (Altgrad)

Für die Hauptgebäude sind alle Dachformen mit Ausnahme des Flachdachs zulässig. (siehe Planeintrag)

Maximale Dachneigung siehe Planeintrag.

Bei eingeschossigen Gebäuden, ausgenommen hiervon sind Wohngebäude, ist auch die Ausführung als Flachdach mit einer Dachneigung von 0° zulässig. Diese Flachdächer sind, mit Ausnahme von Terrassenflächen und technischen Aufbauten, mit mindestens 10 cm starker Substratschicht extensiv zu begrünen.

Garagen, überdachte Stellplätze und Nebengebäude können mit der Neigung des Hauptgebäudes ausgeführt werden oder sind mit einem extensiv begrüntem Flachdach zu versehen. Bei extensiv begrüntem Flachdächern ist eine mindestens 10 cm starke Substratschicht anzulegen.

B.1.2 Dacheindeckung

Es sind nur Deckungen mit Dachstein zulässig (Betonstein, Tonziegel). Die Farbe der Dacheindeckungen ist im Bereich zwischen rot und rotbraun, sowie von grau bis schwarz zu wählen. Reflektierende oder glänzende Materialien sind, mit Ausnahme von Dachflächenfenstern und Solarenergieanlagen, nicht zulässig.

Ausgenommen von diesen Festsetzungen sind lichtdurchlässige Vorbauten im Sinne von § 5 (6) 2 LBO.

Unbeschichtete Dachabdeckungen aus Kupfer, Zink und Blei sind nur an untergeordneten Dachbereichen, wie Dachgauben, Vordächern und Blechverwahrungen bei Flachdächern zulässig.

B.1.3 Dachaufbauten

Dachaufbauten sind mit folgenden Einschränkungen zugelassen:

- * die Summe der Breiten aller Dachgauben einer Dachfläche darf höchstens 70 % der dazugehörigen Dachlänge betragen
- * der Abstand der Dachgaube von der Giebelseite (Ortgang) muss mindestens 1,5 m betragen
- * die Oberkante der Dachgaube muss vertikal gemessen mindestens 0,9 m unterhalb des Hauptfirstes liegen.
- * die max. Traufhöhe darf im Bereich von Dachaufbauten überschritten werden.
- * Dachaufbauten an Doppelhäusern sind aufeinander abzustimmen.

B.1.4 Fassaden

Grellfarbene (z.B. Neon-Farben), glänzende und reflektierende Materialien sind nicht zulässig mit Ausnahme von Fenster, Türen und Flächen für die Solarnutzung.



B.2 Anforderungen an Werbeanlagen (§ 74 (1) 2 LBO)

Werbeanlagen und Automaten sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Werbeanlagen, deren Stätte der Leistung nicht auf demselben Grundstück liegt, sind ausgeschlossen.

Werbeanlagen sind nur bis zu einer maximalen Höhe der tatsächlichen Gebäudeoberkante zulässig. Werbeanlagen auf den Dächern und auf den obersten Außenwandgesimsen sind nicht zulässig. Freistehende Werbeanlagen sind zulässig bis zu einer Gesamthöhe von 4 m. Werbeanlagen, die von der freien Landschaft aus einsehbar sind, sind unzulässig. Werbeanlagen dürfen nicht beleuchtet sein.

B.3 Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke und Einfriedigungen (§ 74 (1) 3 LBO)

B.3.1 Einfriedungen und Sichtschutz

Zwischen Baugrundstücken sind Sichtschutzwände bis zu einer Höhe von max. 2,0 m über dem bestehenden Gelände pro Baugrundstück nur auf einer Länge von max. 3,5 m zugelassen.

Im Übrigen dürfen tote Einfriedungen eine Höhe von 1,3 m nicht überschreiten.

Einfriedungen aus Zäunen jeder Art dürfen nur zusammen mit einer lebenden Hecke in freiwachsender oder geschnittener Form verwendet werden. Die Hecken sind dabei auf die Straßenseite zu pflanzen.

Bei Verwendung einer lebenden, geschnittenen Einfriedung kommen folgende beispielhaft aufgeführte Arten in Betracht:

Carpinus betulus	Hainbuche
Cornus mas	Kornelkirsche
Cornus sanguinea	Hartriegel
Fagus sylvatica	Rotbuche
Ligustrum vulgare	Gewöhnlicher Liguster
Taxus baccata	Eibe

B.3.2 Gestaltung der Stellplätze

Zufahrten und private Stellplätze sind mit wasserdurchlässigen Belägen (z.B. Rasenfugenpflaster, Drainfugenpflaster) herzustellen.

B.4 Außenantennen (§ 74 (1) Nr. 4 LBO)

Pro Gebäude sind nur eine Rundfunk- und nur eine Fernsehaußenantenne zulässig. Dies gilt auch für Parabolantennen.

B.5 Anzahl der notwendigen Stellplätze (§ 74 (2) 2 LBO)

Je Wohneinheit sind 2 Stellplätze zu errichten.

Ergibt sich bei der Berechnung der notwendigen Stellplätze eine Bruchzahl, wird aufgerundet.

Der Abstand von Garage zu öffentlicher Verkehrsfläche von 5,0 m kann als Stellfläche anerkannt werden.



C Hinweise

C.1 Bodendenkmale

Es besteht Meldepflicht von Bodenfunden gem. § 20 Denkmalschutzgesetz.

C.2 Bodenschutz

Auf die Pflicht zur Beachtung der Bestimmungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG), insbesondere auf §§ 4 und 7 wird hingewiesen. In diesem Sinne gelten für jegliche Bauvorhaben die getroffenen Regelungen zum Schutze des Bodens.

Auf das Beiblatt "Regelungen zum Schutz des Bodens" wird verwiesen.

C.3 Baugrund / Geologie

Auf die Anzeige- und Dokumentationspflicht gegenüber dem LGRB für Bohrungen nach § 4 Lagerstättengesetz wird hingewiesen.

Zur Verhinderung bevorzugter vertikaler Wasserwegsamkeiten sind Arbeitsräume grundsätzlich mit wenig wasserdurchlässigem Material zu verfüllen.

Aufgrund der Lage im Verbreitungsbereich von Gesteinen des Oberen Muschelkalk sind Verkarstungserscheinungen nicht gänzlich ausgeschlossen. Hierdurch ist ein oberflächennahes saisonales Schwinden und Quellen des Bodens möglich. Daher werden Objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN 4020 empfohlen.

C.4 Bauzeitenbeschränkung

Rodungsarbeiten an Gehölzen sind außerhalb der Brutzeit zwischen 1. Oktober und 20. Februar durchzuführen.

C.5 Grundwasser

Zur Verhinderung bevorzugter vertikaler Wasserwegsamkeiten sind Arbeitsräume grundsätzlich mit wenig wasserdurchlässigem Material zu verfüllen.

Falls bei Erdarbeiten Grundwasser angetroffen werden sollte, ist dies unmittelbar der unteren Wasserbehörde zur Abstimmung des weiteren Vorgehens mitzuteilen. Für Grundwasserbenutzungen (Grundwasserab- und -umleitungen, Bohrungen in das Grundwasser, etc.) ist grundsätzlich eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich.

C.6 Insektenfreundliche Beleuchtung

Es sind aus tierökologischer Sicht verträgliche Beleuchtungskörper nach dem Stand der Technik (z.B. Natrium-Niederdruckdampfleuchten) an Gebäuden und als Straßenbeleuchtung zu installieren, um die Fauna des Raumes nicht durch die neuen Lichtquellen zu irritieren bzw. anzulocken. Diese sind außerdem so anzubringen, dass keine großräumige Ausleuchtung der Umgebung bewirkt wird. Auf sog. „Skybeamer“ ist zu verzichten.

C.7 Zuordnung der Ausgleichsmaßnahmen

Folgende Ausgleichsmaßnahmen sind außerhalb des Geltungsbereichs vorgesehen und werden im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Verträgen sichergestellt:

Ersatzmaßnahme E1: Wiederherstellung von Trockenmauern in Weinbaugebieten auf der Gemarkung Hessigheim und Besigheim (s. Umweltbericht).



Ersatzmaßnahme E2: Umgestaltung Teschschuppenareal auf der Gemarkung Hessigheim (s. Umweltbericht).

Ersatzmaßnahme E3: Anlage eines Feldgehölzes auf der Gemarkung Hessigheim (s. Umweltbericht).

Die genaue Beschreibung der Maßnahmen ist im Umweltbericht aufgeführt und wird nach Prüfung entsprechend ergänzt.

C.8 Pflanzungen

Die Bepflanzung sollte sich nach der potentiellen natürlichen Vegetation richten, die in den Pflanzgebieten aufgeführten Arten sind als Vorschlag zu verstehen. Es wird empfohlen, auf blau- und gelbnadelige oder buntlaubige Gehölze (z.B. mit gelb oder weiß panaschierten Blättern) oder solche mit säulenförmigem, pyramidalem, schirmförmigem, kugelförmigem oder überhängendem Wuchs (durch Mutation entstandene, sogenannte Trauerform) zu verzichten.

Auf die Einhaltung des Nachbarschaftsrechtes wird hingewiesen. Bei allen Anpflanzungen ist auf das Lichtraumprofil nach dem Straßengesetz zu achten.

Mit dem Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächenplan einzureichen.

C.9 Duldungspflichten

Der Eigentümer hat das Anbringen von Haltevorrichtungen und Leitungen für Beleuchtungskörper der Straßenbeleuchtung einschließlich der Beleuchtungskörper und des Zubehörs sowie Kennzeichen und Hinweisschilder für Erschließungsanlagen auf seinem Grundstück gemäß § 126 Abs. 1 BauGB zu dulden.

Können Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtungen aus technischen Gründen oder wegen der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht auf der Straße angebracht werden, haben die Eigentümer der Anliegergrundstücke das Anbringen gemäß § 5b Abs. 6 Satz 1 Straßenverkehrsgesetz zu dulden.

C.10 Bodenbelastungen

Altlasten sind nicht bekannt. Sollte dennoch bei Erdarbeiten Altablagerungen angetroffen werden, so ist unverzüglich das Landratsamt, Fachbereich Umwelt zu benachrichtigen und die Arbeiten im betroffenen Bereich sind einzustellen.

C.11 Löschwasser

Bei der Planung sind die Regelungen zum Löschwasserbedarf zu beachten.

C.12 Entwässerung

Anfallendes Dachflächenwasser und anderes Oberflächenwasser sind vom häuslichen Schmutzwasser getrennt abzuleiten. Bei der Ausarbeitung von Entwässerungsgesuchen sind die Anschlussvorgaben der öffentlichen Entwässerungsanlage zu beachten.



D Pflanzenlisten

D.1 Pflanzenliste 1 Laubbäume

Pflanzgröße: Stammumfang mindestens 18-20cm

Geeignete großkronige Arten

Spitzahorn	<i>Acer platanoides</i>
Kastanie (Sorte)	<i>Aesculus x carnea</i>
Hänge-Birke	<i>Betula pendula</i>
Rotbuche	<i>Fagus sylvatica</i>
gem. Esche (in Sorten)	<i>Fraxinus excelsior</i>
Zitterpappel	<i>Populus tremula</i>
Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i>
Trauben-Eiche	<i>Quercus petraea</i>
Stiel-Eiche	<i>Quercus robur</i>
Winter-Linde	<i>Tilia cordata</i>
Sommer-Linde	<i>Tilia platyphyllos</i>

Geeignete klein- bis mittelkronige Arten

Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
Wildapfel	<i>Malus sylvestris</i>
Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i>
Echte Mehlbeere (in Sorten)	<i>Sorbus aria</i>
Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>
Speierling	<i>Sorbus domestica</i>
Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i>

D.2 Pflanzliste 2 Obstbäume

Apfel: Blendheimer Goldrenette, Bittenfelder, Brettacher, Gewürzluiken, Rheinischer Bohnapfel, Rebella, Rewena, Sonnenwirtsapfel, Rheinischer Krumstiel, Champagner Renette, Schweizer Glockenapfel

Birne: Palmischbirne, Petersbirne, Nägelesbirne, Gute Graue, Wilde Eierbirne, Schweizer Wasserbirne, Herzogin Elsa, Stuttgarter Geißhirtle

Süßkirsche: Büttners Rote Knorpel, Große Schwarze Knorpel, Hedelfinger, Regina

Zwetschgen: Heckenzwetschge, Katinka



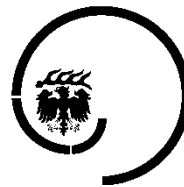
D.3 Pflanzenliste 3 Straßenbäume

Pflanzgröße: Stammumfang mindestens 18-20cm

Geeignete Arten

Feldahorn	<i>Acer campestre</i>
Kastanie (Sorte)	<i>Aesculus x carnea</i>
Spitzahorn	<i>Acer platanoides</i>
Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>
gem. Esche (in Sorten)	<i>Fraxinus excelsior</i>
Vogel-Kirsche	<i>Prunus avium</i>
Wildbirne (in Sorten)	<i>Pyrus communis</i>
Trauben-Eiche	<i>Quercus petraea</i>
Stiel-Eiche	<i>Quercus robur</i>
Winter-Linde	<i>Tilia cordata</i>





Regelungen zum Schutz des Bodens bei Bauvorhaben

1. Wiederverwertung von Bodenaushub

- 1.1 Anfallender Bodenaushub ist in seiner Verwertungseignung zu beurteilen und bei entsprechender Qualifizierung wieder zu verwerten. Die VwV des UM für die „Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial“ ist hierbei zu beachten (gilt für den Einbau unterhalb einer Rekultivierungsschicht).
Für den Umgang mit Bodenmaterial, welches für Rekultivierungszwecke bzw. Meliorationsmaßnahmen vorgesehen ist, gelten die Vorgaben der Hefte 10 und 28 aus der Reihe Luft-Boden-Abfall, UM Baden-Württemberg (v.a. Lagerung, Einbringung). Ebenso sind die Anforderungen nach § 12 BBodSchV (Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung) und die DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial) einzuhalten.
- 1.2 Einer Vor-Ort-Verwertung des Bodenaushubs innerhalb des Baufeldes (Erdmassenausgleich) ist grundsätzlich Vorrang einzuräumen. Diesem Erfordernis ist bereits in der projektspezifischen Planung (z.B. Reduzierung der Einbindetiefen) Rechnung zu tragen.
- 1.3 Zu Beginn der Baumaßnahmen ist der Mutterboden (humoser Oberboden, oberste 15-30 cm) abzuschleppen (§ 202 BauGB). Er ist vom übrigen Bodenaushub bis zur weiteren Verwertung getrennt zu lagern und vor Verdichtung (kein Befahren) und Vernässung (Böschungen profilieren) zu schützen. Die Mieten dürfen max. 2m hoch geschüttet werden und sind bei einer Lagerdauer > 6 Monate mit tiefwurzelnden, mehrjährigen Pflanzen zu begrünen. Eine vorhandene Vegetation ist im Vorfeld zu mähen und zu mulchen.
- 1.4 Bodenaushub unterschiedlicher Verwertungseignung ist separat in Lagen auszubauen, ggfs. getrennt zu lagern und spezifisch zu verwerten. Unbrauchbare und/oder belastete Böden sind von verwertbarem Bodenaushub zu trennen und einer Aufbereitung oder einer geordneten Entsorgung zuzuführen

2. Bodenbelastungen

- 2.1 Der Baubetrieb ist so zu organisieren, dass betriebsbedingte unvermeidliche Bodenbelastungen (z.B. Verdichtungen, Erosion) auf das engere Baufeld beschränkt bleiben. Künftige Freiflächen (z.B. Ausgleichsflächen, Wiesen) sind deshalb vom Baubetrieb durch Absperrbänder freizuhalten. Verdichtungen sind am Ende der Bauarbeiten durch Tiefenlockerungsmaßnahmen bis unterhalb des Verdichtungshorizontes zu beseitigen.
- 2.2 Hinweise, wie eine bodenschonende Bauausführung zu planen und umzusetzen ist, gibt das neu erschienene BVB-Merkblatt Band 2 „Bodenkundliche Baubegleitung“ des Bundesverbandes Boden (ISBN 978 3 503 15436 4, Erich Schmidt Verlag GmbH, 2013).
- 2.3 Baustoffe, Bauabfälle und Betriebsstoffe sind so zu lagern, dass Stoffeinträge bzw. Vermischungen mit Bodenmaterial auszuschließen sind (z.B. Lagerung auf Geotextil).
- 2.4 Werden im Zuge der abzustimmenden Bauarbeiten stoffliche Bodenbelastungen angetroffen, ist der weitere Handlungsbedarf mit dem Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Umwelt.

